

1 Der Landesparteitag möge beschließen:  
2

3 **Bildungskonsens ergebnisoffen verhandeln**  
4

5 Der Landesparteitag der CDU Bremen spricht sich dafür aus, mit den Parteien, die in Frak-  
6 tionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sind, in **ergebnisoffene Verhand-**  
7 **lungen zur Fortsetzung des Bildungskonsenses** einzutreten. Das Ergebnis einer ‚Evalu-  
8 ation‘ der bisherigen Erfahrungen mit 10 Jahren Bildungskonsens hat jedoch verdeutlicht,  
9 dass bisher weder die Ziele hinsichtlich der Verbesserung der schulischen Qualität, noch  
10 die zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit erreicht wurden. Es kann deshalb nicht um  
11 ein bloßes ‚Weiter-So‘ gehen: Die Fortsetzung des Bildungskonsenses muss einen Mehr-  
12 wert für unsere Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven haben. Die grund-  
13 sätzliche Bereitschaft zur konstruktiven Beteiligung an Verhandlungen zur Weiterführung  
14 des Bildungskonsenses unterstreicht unseren Anspruch auf (bildungs-) politische Verant-  
15 wortung und Gestaltung.  
16

17 Auch wenn der Bildungskonsens kein bildungspolitischer ‚Allesfänger‘ sein kann, sind  
18 deshalb neben der Fortschreibung der inzwischen bewährten **Zweigliedrigkeit** unseres  
19 Schulsystems (Oberschule und Gymnasium) weitere Themen zu berücksichtigen. Für die  
20 CDU Bremen spielen dabei, neben schulstrukturellen Fragen (auch einschließlich der Op-  
21 tion auf quantitative **Weiterentwicklung des Gymnasiums**), der Entwicklung der **Ganz-**  
22 **tagsschule** (vorzugsweise in der gebundenen Form), der pragmatischen und schulartenbe-  
23 zogenen Weiterentwicklung der **Inklusion** und Fragen der angemessenen **Personal- und**  
24 **Ressourcenausstattung**, die konsequente Entwicklung **schulischer Qualität** die Haupt-  
25 rolle. Wichtige Themen sind darüber hinaus insbesondere die Stärkung der **frühkindlichen**  
26 **und vorschulischen Bildung**, der sich ergänzenden **Profilierung von Oberschule und**  
27 **Gymnasium**, die zukunftsfähige Entwicklung der **Oberstufenstruktur** sowie die **Über-**  
28 **nahme der Personalkosten für nichtunterrichtendes Personal in Bremerhaven.**  
29

30 Aber auch wenn es vor diesem Hintergrund eine Vereinbarung zur Weiterführung des  
31 ‚Schulfriedens‘ unter Beteiligung der CDU Bremen geben sollte: Aus unserer Sicht (und der  
32 unserer Bürgerinnen und Bürger) bleibt die Bildungspolitik im Lande Bremen nach fast 12  
33 Jahren Rot-Grün und ca. 70 Jahren durchgängiger sozialdemokratischer Ressortverantwor-  
34 tung für diesen Bereich, eines der wichtigsten Argumente für einen **Politik- und Regie-**  
35 **rungswechsel im kommenden Jahr.**  
36

37 **Begründung**

38 Im Jahr 2008 haben die CDU, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen den sog. Bildungskon-  
39 sens für das Bundesland Bremen beschlossen, mit dem im Wesentlichen vereinbart wurde,  
40 • dass Bremische Schulsystem in **zwei Säulen** zu gliedern, d. h. neben den Gymnasien  
41 Oberschulen in Bremen und Bremerhaven zu schaffen, bzw. bestehende Schulen der  
42 SEK. I (außer den durchgängigen Gymnasien) dahin zu entwickeln,  
43 • die bestehenden **Gymnasien unter einen Bestandsschutz** zu stellen, und  
44 • Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen grundsätzlich im Regelschulsystem zu  
45 beschulen (**Inklusion**).

46 Die ‚inklusive Schule‘ und die ‚Zweigliedrigkeit‘ wurden 2009 durch die Novellierung des  
47 Schulgesetzes Rechtslage. Im Jahr 2016 wurde fraktionsübergreifend eine externe Evalua-  
48 tion des vereinbarten Bildungskonsenses und den damit verbundenen bildungspolitischen  
49 Entwicklungen beauftragt, die eine Grundlage möglicher Verhandlungen über eine Fort-  
50 schreibung sein soll. Auch hier ist im Ergebnis nochmals dokumentiert, dass sich Bildung  
51 in Bremen, auch gegenüber den im Bildungskonsens selbst formulierten Zielsetzungen,  
52 völlig unzureichend entwickelt hat. Viel zu häufig führt mangelhafte Qualität, belegt durch  
53 diverse überregionale Vergleichsstudien, einerseits zu Defiziten und Rückständen bei  
54 schulischen Voraussetzungen, Kompetenzen und Fähigkeiten, und damit zu Wettbe-  
55 werbsnachteilen von Absolventen aus Bremen und Bremerhaven in beruflicher Ausbildung  
56 und Studium. Es führt andererseits auch zu massiven Ungerechtigkeiten hinsichtlich aus-  
57 gewogener und gleichwertiger Chancen. Der **Steigerung der schulischen Qualität** kommt  
58 daher eine zentrale Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von Abschlüssen, aber auch für  
59 die Attraktivität des Standortes Bremen zu. Dazu sind Schulaufsichten und Schulleitungen  
60 zu stärken, die in ihrer Arbeit durch ein Institut zur Weiterentwicklung der Qualität nach  
61 Hamburger Vorbild unterstützt werden.  
62

63 Schulische Qualität leidet in erster Linie daran, dass mitgebrachte Kompetenzen und  
64 Voraussetzungen nicht (mehr) den Erwartungen entsprechen. Lern- und Sozialverhalten,  
65 aber auch sprachliche Fähigkeiten sind vielfach zu heterogen. Defizite tragen sich durch  
66 oder müssen zeitaufwendig kompensiert werden. **‚Organisierte Bildung‘ muss früher als  
67 bisher ein- und ansetzen.** Deshalb müssen die Kitas nicht nur zahlenmäßig entsprechend  
68 des Bedarfes entwickelt werden. Sie müssen insbesondere qualitativ und mit vorschuli-  
69 schem Charakter im Übergang zur Grundschule ausgestaltet werden, damit die ‚Schulfä-  
70 higkeit‘ eingangs der schulischen Primarstufe so weit wie möglich sichergestellt ist.  
71

72 Schulische Qualität, Förderung und Forderung gleichzeitig und gleichberechtigt sowie die  
73 Entwicklung einer chancengerechten Schule erfordern eine **verbesserte und bedarfsori-  
74 entierte Ausstattung.** Dieses betrifft insbesondere den personellen Nachwuchs beim leh-  
75 renden, aber zunehmend auch beim unterstützenden Personal. Viel zu häufig ist zudem die  
76 mangelhafte Verfügbarkeit von geeigneten Räumlichkeiten für den Unterricht, aber auch  
77 zur Weiterentwicklung der Schulen z.B. in Richtung Ganztagsbeschulung ein nicht länger  
78 hinnehmbarer Engpass. Rot-Grün hat Haushaltssanierung durch Unterlassung dringend  
79 notwendiger Investitionen u.a. in die Sanierung und den Neubau von Schulen betrieben.  
80 Dadurch wurde nicht nur ein finanzieller Investitionsbedarf in dreistelliger Millionenhöhe  
81 angehäuft, sondern auch finanzielle und bildungspolitische Belastungen für zukünftige  
82 Generationen geschaffen. Wir werden die Ergebnisse der Verhandlungen zum Bildungs-  
83 konsens auch danach bewerten, ob es hier nachhaltige und für Lehrerinnen und Lehrer, für  
84 Eltern sowie Schülerinnen und Schüler spürbare und nachhaltige Verbesserungen gibt.  
85 Und dieses gilt mit Blick auf Ausbildung und Einstellung von Personal oder auch den  
86 Schulbau nicht nur für den Umfang der Ressourcen. Denn für uns ist klar: **Es geht nicht  
87 einfach nur um ‚Mehr‘, es muss auch um ‚Anders‘ gehen.** Die CDU Bremen tritt nach-  
88 drücklich dafür ein, dass Verfahren, Strukturen und Organisation von Verwaltung und Ein-  
89 satz der Ressourcen sowohl im personellen als auch im infrastrukturellen Bereich verbes-  
90 sert und beschleunigt werden.  
91

92 Die Bremer CDU unterstützt die Ziele der Inklusion. Schulische Inklusion litt und leidet bis  
93 heute in Bremen an unzureichender Vorbereitung und Ausstattung sowie an einer Umset-  
94 zung mit teilweiser ideologischer Begründung und Ausprägung. Neben Ausstattungsfr-  
95 agen werden in den Verhandlungen pragmatisch-machbare Wege und **schulartenspezifi-  
96 sche Konzepte zur Umsetzung von Inklusion** einzufordern sein.  
97

98 Die Regierungskoalition betrachtet die im bisherigen Konsens benannte Zahl von acht  
99 Gymnasien in Bremen (Stadt) als ‚Höchstgrenze‘ und verweigert bisher die Einbeziehung  
100 dieser Schulart in die Schulentwicklungsplanung. Die CDU Bremen tritt dagegen dafür ein,  
101 dass sich alle Schularten in Bremen qualitativ und quantitativ entwickeln. Die Erwartungen  
102 der Bremer und Bremerhavener Bevölkerung sind, dass alle Schularten eine bedarfsge-  
103 rechte Zahl von Plätzen bereithält. Nicht zuletzt die derzeit und auch in Zukunft steigende  
104 Zahl von Schülerinnen und Schülern, muss zu einer **Ausweitung auch gymnasialer Kapa-  
105 zitäten** führen. Dazu gehört für uns die Option der Neugründung eines durchgängigen  
106 Gymnasiums, z.B. im Bremer Westen. Daneben treten wir für eine **Überprüfung der Ober-  
107 stufenstruktur** ein: Zu viele und nicht selten zu kleine gymnasiale Oberstufen sind nicht  
108 nur zu teuer; zu wenige Schülerinnen und Schüler (und damit zu wenige Klassenverbände  
109 und ‚Profile‘) bedeuten auch eine zu häufige Ungleichheit in der Attraktivität, die sich  
110 letztlich im Anwahlverhalten der Schülerinnen und Schüler niederschlägt.  
111

112 Veränderte gesellschaftliche Bedingungen müssen zu einer veränderten Schule führen. Die  
113 (gebundene) **Ganztagschule**, flächendeckend zunächst in der Grundschule, perspektivi-  
114 sch verstärkt auch in der SEK.I, ist nicht nur eine wichtige Antwort auf soziale Verände-  
115 rungen. Sie ist nach dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch eine konsequente Wei-  
116 terentwicklung zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir  
117 wollen deshalb nicht nur einen konsequenteren und schnelleren Ausbau von Ganztags-  
118 schulen: ‚Wo Ganztagschule dransteht, muss auch Ganztagschule drin sein‘.  
119

120 Die CDU Bremen teilt die Auffassung vieler Eltern und Kollegien in den Schulen, dass die  
121 Vermeidung schulstruktureller Debatten in unseren Bildungseinrichtungen ein Vorteil in  
122 den letzten 10 Jahren dargestellt hat. **Wir bekennen uns deshalb auch weiterhin grund-  
123 sätzlich zum ‚Zwei-Säulen-Modell‘ im Bremischen Schulsystem.** In der ‚inneren Ent-  
124 wicklung‘ sollte dieses aber nicht ‚Stillstand‘ heißen. Für uns sind **Oberschule und Gymna-  
125 sium gleichwertig**, aber nicht pauschal gleich. Wir treten deshalb dafür ein, dass sie, unbe-  
126 schadet der Möglichkeit in beiden Schularten alle Abschlüsse erwerben zu können, **eigen-  
127 ständiger als bisher und in sich ergänzender Weise inhaltlich profiliert** werden: Wäh-  
128 rend die Oberschule im Schwerpunkt auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten soll, muss  
129 das Gymnasium insbesondere die Studierfähigkeit der Absolventen als Zielsetzung haben.  
130 Das **Abitur** darf nicht weiterhin inflationär und fast ausschließlich das Bildungsziel sein.  
131 Von dieser Justierung der schulischen Ausrichtung werden deshalb nicht nur die Schüle-  
132 rinnen und Schüler, sondern am Ende auch die (Ausbildungs-) Betriebe und die Hochschu-  
133 len profitieren.  
134

135 Bremen wird nur durch zwei Kommunen, Bremen und Bremerhaven, zum Bundesland. Die  
136 CDU Bremen setzt sich auf allen Ebenen für eine gleichwertige Entwicklung von Zukunfts-  
137 fähigkeit, finanzieller Leistungskraft, Lebensbedingungen und Lebensqualität in unseren  
138 beiden Kommunen ein. Wir sehen es als wichtigen Baustein dazu an, dass das **Land Bre-  
139 men die Kommune Bremerhaven von den Personalkosten für das nichtunterrichtende  
140 Personal entlastet.** Was im Bereich des unterrichtenden Personals im Übrigen längst der  
141 Fall ist. Hierdurch würden pragmatisch und schnell politische Impulse und finanzpolitische  
142 Spielräume geschaffen, die für eine gesellschaftliche Entwicklung Bremerhavens vor dem  
143 Hintergrund spezifischer Probleme dringend gebraucht werden.